

Erste Seite täglich
 sammtl. mit Ausnahme
 der Sonn- und Feiertage.

Abonnementpreise
 monatlich 1,00 Mk.
 vierteljährlich 3,00 Mk.
 halbjährlich 6,00 Mk.
 jährlich 12,00 Mk.
 Porto für Post bezogen
 1,00 Mk. zinkl. beizugeb.

Die Halle
 (Anzeigenannahme)
 monatlich 10 Pf.

Verlags- und Druckerei:
 Redaktion: Nr. 888.
 Expedition: Nr. 1047.
 GutsMuths-Verlag.
 Postabteilung Halle/Saale

Halle

Sozialdemokratisches Organ

Insertionsgebühr
 beträgt für die 6 spalten-
 weite Zeile oder deren Raum
 20 Pfennig.

**Die monatlichen Letzt-
 hefte** kosten die Halle 75 Pfennig.

Interate
 für die halbe Nummer
 müssen spätestens die vor-
 mittags 10 Uhr in der
 Expedition ankommen.

**Erzogen in die
 Postzeitungliste.**

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
 Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.
 Expedition: Part. 42/48. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. • Redaktion: Part. 42/48. Sprechstunde werktags 1/12—1/4 Uhr mittags.

„Krieg“ und Frieden.

Die Kriegspartei an der Arbeit.

Gegen Wilhelm III.

Die deutschen Marokkopolen haben den Krieg erklärt, allerdings nicht gegen Frankreich, sondern gegen Wilhelm III. der sich diesmal mit den Sozialdemokraten in den Vorkrieg stellen darf, von den „wahrschätzbaren“ Gesinnungen“ als ein Agent des Auslandes hingestellt zu werden. Wilhelm III. kann es nun — so selbstam spielt das Schicksal — an seinem eigenen Leibe erfahren, wie billig die Redensart von den Vaterlandslösen Wesellen ist, und wie gefährlich es ist, sich ihr zu bedienen. Denn diese Waffe steht nicht mit üblicher Bestimmtheit eines Tages gegen den, der sie handhabt. Diese nun, welche Sprache jetzt gewisse ultranationalen und ultraroyalistischen Kreise gegen den jetzigen Träger der deutschen Kaiserkrone führen, so muß man sich nur wundern, daß sie nicht schon längst ihre Absicht betrieben haben. Wir haben den toten Ertrag der schamlosen Propaganda, der sich direkt und persönlich gegen Wilhelm III. richtet, wiedergegeben, und es bleibt uns nur übrig, den weiteren Verlauf dieser anmutigen Kapitalgelei zu registrieren, daß die Sozialdemokratie als interfezierter, aber unbeteiligter Zuschauer gegenübersteht. Die Nordd. Allgem. Zeitung schreibt in einer hochschätzlichen Auslassung, sie könne in diesem Falle die Rolle nicht als Organ der Freireizentration anerkennen und fährt soeben fort:

Wir würden diesen Ausgeburt eines überzeugten Gehirns keine Beachtung schenken, wenn sich die Rolle nicht zum Schluß erledigt hätte. Seiner Majestät dem Kaiser, unter der feigen Form rhetorischer Fragen, politische Schwäche, ja Vergriffenheit des Auslandes zum Schaden deutscher Interessen vorzuwerfen. Die Post eignet sich mit diesen Auslassungen Gedanken an, denen wir nur in ausländischen Schmäherartikeln zu begegnen gewohnt sind. Der Versuch, solche Nichtswürdigkeiten unter dem Schein patriotischer Vorgesinnung in der deutschen Presse zu verbreiten, verdient die schärfste Zurückweisung.

Das Regierungsorgan sieht also, zum erkennen in seinem Leben, ein, daß man „unter dem Schein eine patriotischer, Verognis“ Nichtswürdigkeiten verbreiten kann. Wie oft aber hat dieser Schein einer erlogenen und gefährlichen „patriotischen Vorgesinnung“ gerade der Norddeutschen dazu dienen müssen, der Sozialdemokratie eins anzuhängen!

Die Post aber, das Sprachrohr der antiliberalen Kriegspartei, ist in der Antwort nicht faul. Sie behauptet zunächst, daß sie hier nicht als Organ der freireizentrationen Partei geschrieben habe und sagt dann weiter:

Die Nordd. Allgem. Zeitung dürfte sehr erstaunt sein, wenn sie wüßte, welchen Leuten... Wir aus der Seele gesprochen haben, vielmehr, wir glauben gar nicht, daß die Nordd. Allgem. Zeitung erstaunt wäre, denn sie wird es selbst wissen. Wir ehren die Männer, die als Diener ihres Heren ihn mit ihrer Person bedien, wir verstehen ihr Verhalten und würden an ihrer Stelle auch nicht anders gehandelt haben. Wir wollen deshalb gegen die Schrottschreiber ihres Verhaltens nichts weiter sagen.

Die Post meint also ungefähr so: Ihr armen Kulis von der Nordd. Allgem. Zeitung müßt ja so schreiben, aber im Grunde denkt ihr auch nicht anders als unserneil! Köhen wir in der Norddeutschen, so würden wir schreiben wie ihr. Sätze aber ihr in der Post, so würdet ihr so schreiben wie wir. Und so verstehen wir uns am Ende ganz gut!

Weiter kann der Monarchismus es kaum bringen in der Selbsterleuchtung. Um aber die Vermittlung im nationalen Lager noch zu steigern, veröffentlicht jetzt die Nationalliberale Korrespondenz einen Artikel, in dem

die Einberufung des Reichstags gefordert wird. In diesem Artikel heißt es: Die Ueberleitung Marokkos an Frankreich würde von Millionen von Deutschen als ein Beweis tiefster nationaler Schwäche angesehen werden, als die erste große Niederlage seit Gründung des Deutschen Reichs. Andererseits bestche das Innerbüßte der jetzigen Vorgänge darin, daß das deutsche Volk und seine gesellschaftliche Vertretung, der Reichstag, vollständig als quantitativ nachgelasse betrachtet würde. Die wenigen Personen, in deren Händen jetzt das Wohl und Wehe dieser wichtigen Frage deutscher Weltpolitik liegt, seien gar nicht imstande, die volle Verantwortung für ihre Schritte allein zu tragen. Darum fordert die Nationalliberale Korrespondenz die Einberufung des Reichstags noch bevor die Verhandlungen mit Frankreich endgültig abgeschlossen sind.

Als die Sozialdemokratie in der Novemberkrise von 1908 eine tiefgreifende Verbesserung der verfassungsmäßigen Einrichtungen des Deutschen Reiches forderte, da scheiterten ihre guten Absichten an der passiven Festhaltung aller bürgerlichen Parteien, nicht zuletzt der nationalliberalen. An dem Standstillen und tatsächlich unerhörten Zustand, daß die deutsche Außenpolitik im Dunkel gemacht und allen unkontrollierten Einflüssen ausgeliefert ist, tragen also die Nationalliberalen einen großen Teil der Schuld.

Der Forderung, daß die Abmachungen mit Frankreich, ehe sie in Kraft treten, dem Reichstag zur Genehmigung unterbreitet werden sollen, kann sich die Sozialdemokratie nur angeschlossen. Angesichts der ungeheuer weittragenden Folgen, die

einem Beschluß des Reichstags in dieser Sache zuzulassen können, muß jedoch die nationalliberale Forderung unbedingt dahin erweitert werden, daß außer die zu wählen zu dem Reichstag schließlich vorgemeldet sind. Ein Reichstag, der, wie allgemein bekannt, in seiner Zusammensetzung nicht mehr den Wünschen der Wähler entspricht, ist ebensowenig bewirksam, das entscheidende Wort zu sprechen wie die wenigen Männer, die die Regierung hütens. Man beschließt die Gefahr, daß die Verhandlungen des Reichstags, falls sie vor den Neuwahlen stattfinden, von schriblen Mandatpolitikern zu einer gewissenlosen nationalliberalen Waghalsch mißbraucht werden könnten, und das könnte weder der Würde des Reichstags dienlich sein, noch entspräche es dem Ernst der Sachlage.

Bevor die Verhandlungen soweit fortgeschritten sind, daß die Regierung mit etwas Bestimmtem antworten kann, wird es wohl noch eine geraume Zeit dauern. Bis dahin kann bequemer der neue Reichstag gewählt sein, der im Namen des Volkes entscheiden würde. Wenn die Kriegspartei, die in den konservativen Parteien und unter den Nationalliberalen ihre Linien treibt, wirklich glaubt, was sie sagt, wenn sie wirklich der Meinung ist, das deutsche Volk bekrachte das marokkanische Problem als seine Lebensfrage und lehne nach weltpolitischen Katastrophen, dann wird sie sich unter Forderung mit Freuden anschließen. Sie wird aber dieser klaren Entscheidung ausweichen, sie will nicht einmal ernstlich die Einberufung des Reichstags, geschweige denn die Vertragung des von der gesetzlichen Wollens. Alles ist bei ihr Bluff und Schwindel! Geschäftspolitik der Kriegsmaterialfabrikanten!

Die Forderungen der Geschäftspatrotien.

Die in Marokko interfezierten Hamburger und Bremer Scheidter Großhändlerhäuser haben bei der Reichsregierung wegen einer Reichsangelegenheit seitens Deutschlands, sowie gegen einen beständigtigen Verzicht Deutschlands auf Befehung eines Schadens an der marokkanischen Küste „eindringliche Vorstellungen“ erhoben.

Der „Marokko-Sachverständige“ Dr. Krnig fordert in der Deutschen Kolonialzeitung nochmals mit allem Nachdruck, Deutschland solle sich in Marokko festsetzen. Zur Abwechslung führt er die Interessen der Landwirtschaft für seine Anreizungsgelüste ins Feld. Er schreibt nämlich:

„Seit die Driffler Zuerkennung auf Abbruch steht, ist der Absatz unserer Zuerkennung gar sehr in Frage gestellt. Im Interesse unserer Landwirtschaft müssen wir nach neuen Märkten suchen. Bis vor kurzem gab es in Marokko keinen deutschen Zuer. Seit wenigen Jahren erdicht er auf dem Markt und gewinnt ihn spielend. Deutsche Kaufleute teilen mit, daß für etwa drei Millionen Mark im laufenden Jahre abgesetzt sind, davon noch nicht für 10000 Mark in der von den Franzosen besetzten Schanghai, einem reichen, landwirtschaftlich ergebigen, wohlbevölkerten Teile des Magreb, und obwohl allein in Casablanca nicht weniger als 18 deutsche Firmen bestehen, die fast alle gern am deutschen Zuer bedienen möchten.“

Internationale Verbrüderung.

Ein Meeting in Paris.

Aus Paris, 5. August, wird uns geschrieben: Das internationale Meeting, das am 4. August als erste Fortsetzung der Berliner Friedensmanifestation in Paris stattfand, nahm einen ebenso bewegten wie grophartigen Verlauf. Und was besonders hervorzuheben ist: Zum ersten Male wurde eine Manifestation in Frankreich organisiert, an der neben den Vertretern der Konföderation, ein offizieller Vertreter der Partei teilnahm. Das ist ein Ereignis, das für jeden, der das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften in Frankreich kennt, von großer Bedeutung erscheinen wird und das der Intervention der deutschen Delegation zu danken ist. Volkenbühr, Ledebour und Eugen Ernst als Vertreter der deutschen Partei, Bauer, Robert Schmidt und Wörten als Vertreter der Generalkommission und der Berliner Gewerkschaftskommission, waren erschienen, um in der ersten Krise, die wir durchleben, die enge Solidarität des deutschen Proletariats mit dem französischen Proletariat zu befestigen.

Genosse Bauer, der, freimüßig begrüßt, als erster Redner das Wort ergriff, führt aus, daß die deutsche Generalkommission der Einleitung der Konföderation mit großer Freude beglückwünscht sei, weil diese Manifestation einer Idee dienen soll, von der wir hoffen, daß sie millionenfach in allen Ländern wiederhallen werde. Jedes Land habe seine Lattik, die sich nach den Verhältnissen der verschiedenen Länder entwickle, aber über die Grenzen hinweg befehle die gesamte Arbeiterbewegung der gleiche Wille zum gemeinsamen Ziele: Der Bekämpfung der Ausbeutung, der Verwirklichung des Sozialismus. Die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse ist überall dieselbe, deshalb gibt es für diese keine Grenzen. (Stürm. Beifall.) Die deutsche Arbeiterklasse sieht Marokko nicht als ein Herz hagen gegenüber, das ihr nicht die Knochen eines einzigen Arbeiters wert ist. (Wiederholter Beifall.) Für sie ist der Feind nicht außerhalb, sondern innerhalb der Landesgrenze. Die Ausbeuteten aller Länder haben keine Ursache, sich zum Nutzen der Kapitalisten gegenseitig abzuschlachten. Deshalb ist den Herrschenden jede Zere-

densandlung der Arbeiter ein Grusel. Als Pöbel in Berlin wiederholte, was deutsche Arbeiter vor ihm schon tausendmal gesagt haben, wurde er ausgehoben. Die Friedensabschwüngen haben den hohen Wert, daß die deutschen Patrioten, die die französischen Arbeiter immer den „vaterlandslösen“ deutschen Arbeitern als Vaterpatrioten hinstellen (Wächter: Das ist gelogen!) und die französischen Patrioten, die umgekehrt behaupten, nicht mehr ihre alten Lehren verbreiten werden können. Redner schließt mit dem Ruf: Krieg dem Kriege, hoch die Völkereolidarität und der Weltfriede. (Stürm. minutenlanger Beifall.)

Nach der Ueberzeugung erhält Genosse Volkenbühr, freimüßig begrüßt, das Wort und führt zunächst in glänzender Rede aus, wie heute die Fortschritte der Wissenschaft, statt der Kultur zu dienen, dem organisierten Menschennord dienbar gemacht werde und welche Ueberzeugungen ein Krieg anrichte. Redner weist dann auf die historischen Friedensbewegungen und Kongresse des Bürgerturns hin, die gewöhnlich eine Erklärung der Militärkrisen zur Folge haben, unter deren Last die Staatsfinanzen dem Ruin entgegen getrieben werden. Auf die Marokkofrage eingehend, erinnert Redner an die Ursachen des Konflikts: Der agrarische und der metallische Reichtum Marokkos. Die Herren, die sich des Landes bemächtigen wollen, handeln nicht anders wie Räuber und Diebe! (Lebhafter Beifall.) „Im Namen des allmächtigen Gottes“ und zur Wahrung der Souveränität und Unabhängigkeit des Sultanats, der Integrität seiner Staaten, ist der Vertrag von Algierien von den meisten Monarchen, bis herauf zu dem König von Portugal, der inzwischen die Arbeit eingeleitet hat (Geisterheil), abgeschlossen worden. Welches Geheiß wird nicht erhoben, wenn einmal Arbeiter einen Vertrag irgendwie verließen! Redner erinnert dann an die Friedensandengungen deutscher und französischer Arbeiter vor dem Ausbruch des deutsch-französischen Krieges, an die Sympathiebewegungen für die Kommune der deutschen Sozialisten, an den Hochverratsprozeß und die Verurteilungen Sobels und Reichmets. (Stürm. Beifall.) Seitdem haben wir gegen den Kampf gegen den herrlichen Stützpunkt der Herrschenden, den Umsturz der Massen, mit Erfolg gekämpft. Wir sind eine Million in der Partei, mehr als zwei in den Gewerkschaften, wir hatten mehr als drei Millionen Stimmen bei den letzten Wahlen und wir werden mehr als vier Millionen im nächsten Jahre zählen können. (Lebhafter Beifall.) Dieser erfolgreiche Kampf geht weiter und mit dem Siege des Proletariats und der dann erst verwirklichten endgültigen Befreiung des Krieges, wird der Triumph der Zivilisation über die Barbareie gesichert sein. (Stürmischer Beifall.)

Paris, von der spanischen Gewerkschaftszentrale, überbringt die Grüße von 97000 organisierten Arbeitern, die kommenden Sonntag in Madrid eine gleiche Manifestation veranstalten werden. Redner schildert das militärisch-kerische Regime der spanischen wankenden Monarchie, die nach außen eine Abneigung sucht. Die Erhebung von Barcelona vor zwei Jahren gegen den Feldzug von Weilla, der Spanien 200 Millionen Peletas gekostet hat, habe den Widerwillen des spanischen Volkes gegen jeden Krieg gezeigt. Wenn die spanische Monarchie es wagen würde, einen Krieg anzugehen, würde in ganz Spanien die Revolution ausbrechen. Jeder für die Revolution im Falle, als in den Krieg giefen. (Stürmischer Beifall.) Ruyre, der zweite offizielle Redner, spricht im ähnlichen Sinne.

Tom Mann (England) führt aus, daß die Kriegsstiftungen der Beweis seien, daß die kapitalistischen Staaten den Krieg wollen. Wenn die Arbeiter ihn nicht wollen, dann sei der Krieg unmöglich. Das habe der jüngste Seemannsstreik bewiesen. Deshalb müßte die direkte Aktion und der Generalstreik angewendet werden. (Gelebter Beifall.)

Nach Kollen (Dolland), der in ähnlichem Sinne spricht, gab Gen. Sabaud, Abgeordneter von Paris, im Namen der sozialistischen Partei eine kurze Zustimmungserklärung ab. Volkenbühr und Wörten, die Sekretäre der Konföderation, bekräftigten die Rede. Redner wünscht besonders, daß die französischen Arbeiter alle die mündlichen Eigenschaften, die die Kommunisten der Franzosen nachdrücken, auch bei einem eventuellen Strige gegenüber dem Feinde anwenden mögen, dem Feinde, der allein innerhalb der Landesgrenze sei. (Minutenlanger Beifall.) Um 12 Uhr fand die gewaltige Demonstration ihr Ende.

Politische Ueberlicht.

Halle a. S., den 7. August 1911.

Die Polizei muß sofort schiefen!

Die preussische Gewaltverhältnisse treibt immer schneller revolutionären Auseinandersetzungen entgegen. Seit den letzten großen Wahlscheidem demonstrationen und seit „Maoß“ ist eine unaufrichtigste Verhäufung des Polizeiregiments zu konstatieren gewesen. Der Polizeijournalist der Hess geworden, auf den sich die preussische Klassenherbschaft stützt.

Jetzt ist eine neue ungeheuerliche Verhäufung der Polizeischneidigkeit anbefohlen worden. Der deutsche Herr d. Jagob hat die Polizisten angewiesen, sofort von der Schuß-

waffe Gebrauch zu machen. Damit das aber ja sicher und prompt geschehe, hat er angeordnet, er werde jeden Polizisten unweigerlich bestrafen, der zu spät den Revolver losknallt. Der Anlaß dazu ist der folgende:

Freitag nacht hat in der Gensiner Straße in Berlin ein Kampf zwischen Eindringern und Schutzleuten stattgefunden, wobei ein Schutzmann lebensgefährlich verletzt wurde. Obwohl der verletzte Schutzmann keine Revolverbesitznisse auf die Verbrecher abgab, hat am Sonnabend der Polizeipräsident von Nagow folgenden Erlaß an die Polizeireviere ergehen lassen:

Im Anschluß an meine Verfügung vom 20. Juni bestätige ich hiermit folgendes: Ich werde jeden Schutzmann, der zu spät von der Schußwaffe Gebrauch macht, bestrafen.

Zu diesem Erlaß gibt das Polizeipräsidium folgenden Kommentar:

Der Polizeipräsident hat am 20. Juni infolge der Erschließung des Schutzmanns Lucht durch einen Verbrecher in der Reichstraße des § 8 der allgemeinen Dienstvorschrift geändert. Dieser Paragraph lautete an der betreffenden Stelle: „Er (der Schutzmann) darf sich der gefährlichen Schußwaffe nur dann bedienen, wenn nach seiner Pflichtmäßigen Überzeugung die von ihm geführte minderwertige Dienstwaffe nicht genügt. Die Auslegung dieses Paragraphen, wie sie am 20. Juni gegeben wurde, begreift, daß die Beamten, wenn Gewalt oder Tätlichkeiten gegen sie selbst, während sie sich in Ausübung ihres Dienstes befinden, verübt wird, berechtigt sind, in dazu geeigneten Fällen ohne vorherige Anwendung der Dienstwaffe Gebrauch zu machen.“ Die heutige Bekannmachung des Polizeipräsidenten bedeutet gegenüber dieser Auslegung eine wesentliche Preisermäßigung der Bestimmungen. Aus der Berechtigung, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen, ist eine Verpflichtung gemacht worden.

Der Polizeipräsident von Nagow ist der Letzte, der zu einer solchen ungläubigen Verfügung berechtigt ist. Es ist gewiß zu bedauern, wenn Schutzleute im Kampfe mit Verbrechern zu Schaden kommen. Eine solche Gefahr rechtfertigt aber in keiner Weise die generelle Anordnung an die Schutzleute, in jedem Falle sofort von der Schußwaffe Gebrauch zu machen und eine Strafandrohung an die Schutzleute, wenn solchen unerhörten Verbrechen nicht Folge gegeben wird. Bei dem geringsten Anlaß, mehr seines Lebens sicher sein. Nagow sollte viel lieber dafür sorgen, daß die Todschläger, die den Arbeiter Herrmann im Hofbrau ihrer Waffe tödeten, bald der gebührenden Strafe überliefert werden. Solange dies Verbrechen noch ungepflügt ist, fehlt Nagow jede Berechtigung zu schärferer Anweisung der Schutzleute gegen das Publikum.

Antifemmen und Fortschrittler.

Je näher die Reichstagswahlen kommen, um so größer wird die Kluft der bürgerlichen Parteien vor der Generalabrechnung des Volkes mit den Steuerhülfern. Nichts weiter als pure Angst vor der ankündenden Sozialdemokratie ist es auch, wenn etwa jetzt sowohl von konservativer wie auch von liberaler Seite der Versuch gemacht wird, gegenwärtige Stichwahlzettel zur Rettung eines der bürgerlichen Kandidaten aus der unaufrichtigsten freigegebenen roten Flut zu vereinbaren.

Besonders häufig ist anzusehen, wie sich Angehörige des schwarz-blauen Blades, die Antifemmen, im Schwelge ihres Angewandten Kampfbegriffes abmühen, die Liberalen zur Abschließung eines Schutz- und Trutzbündnisses für die Rettung der antifemmen Kandidaten zu veranlassen. Zum Wahlzettel sind die Antifemmen im Reichstag antwortlich vertreten, aber nie überall, so beliebt auch hier das wertvolle Bild der heißen Wunde, die Antifemmen aus ihren letzten Schimpfwortlein herauszuziehen.

In den Reichstags-Maffel-Melungen und Schwelge-Schmalkalden, die als unumschreiblich für die Sozialdemokratie zu bezeichnen sind, bekämpfen sich Antifemmen und Liberaler bisher auf das grimmigste. Jetzt aber betreten die Antifemmen bereits um die Stichwahlzettel der Liberalen, ja sogar der Freijünglinge! — In den Klättern von Schmalkalden beschwor der Judenreifer Latmann die „verderbete“ Partei der Freijünglinge steinerweisend so:

Zwei feindliche Welten.

Roman aus der Arbeiterbewegung.

Von Jan van den Tempel.

Aus dem Holländischen überetzt von Georg Gärtner.

37) Nachd. verb.
Die Männer hörten mit höchster Aufmerksamkeit zu.
„Mein, für den Augenblick müssen wir nachgeben. Er wird Vittoria rufen — das ist aber uns nicht. Wenn wir einia Schulter an Schulter stehen, wird er später zu seinem Verzeir bemerken, daß er einen Scheinfig erlangen hat. Ich dachte so: wir nehmen alle Ansehen auf — von der Exzentrikeren ist das nicht nötig, die sind reichlich, aber von den Hauptantifemmen — und wir belafren von jetzt an alles direkt ins Haus. Aus dem Werke und wir summe wie die Aische, im stillen stärken wir die Organisation — und wenn dann die Zeit für die Wiederherstellung gekommen ist...“
Seine Stimme stützte; er brach ab und nahm langsam einen Schluck Kaffee.
„Eine nichten zustimmend.“
Biet Stoff stand unter der zum Werkstücken führenden Türe. Er war ein harter Meel mit hochrotem Gesicht, dumpfen Augen und einem breiten, aufwärtigen Mund.
„Was Lucas da sagt, ist vollständig sehr vernünftig — was weiß ich! — aber wir geben dabei doch nach, und das sollten wir vermeiden.“
Drohend hob er die Hand auf.
„Wenn es der Herrche wagt, Opfer zu machen — und er kommt nicht zu spät — ist möglich, zwischen eine Mutter und mich, dann brach ich das Genid.“
Von mehreren Seiten ließ sich Gelächter vernehmen. Der lange Mann mit der roten Waise lebte ind an die Hand.
„Doch mal, wenn der große Herr morgen auf den Don kommt, dann wollen wir uns mal mit ihm offen auseinandersetzen.“
Die Faust drohte auf den Tisch, daß die Tassen klirren und der Kaffee auf die Platte spritzte.
„Rees Stoff und Ross Klabbes, diese Drohungen helfen uns gar nichts!“
Von brach Schönbagen, der idiosyncrasie Kaffierer der Organisation, ein junger, schlanker Mann von intelligentem Aussehen und mit fähigem Blick; er wartete, bis es ganz still war, und fuhr dann, auf jedes Wort Radbruch legend, fort:
„Die Hoff sagt, lo ist es. Warum sollen wir uns nutzlos in Unwissenheit verlieren? — Der Mann sagt seinen Willen

Wir hoffen (in Schwelge-Schmalkalden) mit unserem Raab in die Stichwahl zu kommen, die Freijünglinge mit Herrn Dr. Oht. Nun erkläre ich mich wieder namens meines Freundes Raab und unserer Partei bereit, vor der Hauptwahl ein solches Schutz- und Trutzbündnis mit den Freijünglingen einzugehen und erwarte eine öffentliche, klare Antwort des Herrn Dr. Oht, ob er und seine Freunde zu einer solchen Annahme für die Stichwahl bereit sind. Sollte Herr Dr. Oht in die Stichwahl kommen, sind wir bereit, ihn mit aller Kraft zu unterstützen, aber nur dann, wenn die Freijünglinge in einem andern Wahlkreise mit aller Kraft uns unterstützen. Sind sie dazu nicht bereit, werden wir hier öffentlich zur Wahlhaltung auffordern...“
Der „andere Kreis“ ist natürlich der Wahlkreis Kaffee, dessen Mandat jetzt dem Latmann abgenommen werden soll. Um die Stichwahlzettel der Nationalliberalen ist man nicht besorgt; diese politischen Einheiten gehören ja ohne Warten der Kontrolle des Reichsverbandes. Aber die Ungewißheit, wohin die Stimmen der Freijünglinge im Falle einer Stichwahl gehen, bereitet den Antifemmen schon heute größtenteils Schmerzen. Man darf einmengen gespannt sein, wie die „Fortschrittler“ sich zu diesem Angebot stellen werden. 1907 haben bekanntlich die Freijünglinge überall für ihre antifemmenischen Wahlzettel gestimmt.

Eisenbahnerleben.

In Wefel erschloß sich am 2. August der Hülfsweilenteiler Rudolf Polorn, Bruder unseres Genossen Franz Polorn in Düsseldorf. In die Partei trat Rudolf Polorn unter dem Sozialengesetz im Jahre 1887 in Gelsenkirchen ein und führte, auf der Höhe der Tätigkeit der Partei, später auch für die Gewerkschaft, hielt bei allen älteren Parteigenossen noch in lebhafter Erinnerung. Auch als er aus Gesundheitsrücksichten 1895 zum Eisenbahndienst überging, blieb er mit den alten Pionieren der Parteibewegung im ruhenden in ständiger Fühlung, wenn er auch infolge seiner neuen Stellung eine Parteitätigkeit nicht mehr entfalten konnte. Doch sein inniges Verhältnis zu den Parteifreunden genigte, daß sich im vergangenen Jahr ein Denunziant fand, und Polorn infolge dieser Denunziation von Wanne nach Bulo an der holländischen Grenze strafversetzt wurde mit einer Gehaltskürzung von 60 Pf. täglich. Auf Beschwerde hin wurde ihm von der förmlich Eisenbahndirektion folgendes geantwortet:

Wefel, den 25. Juni 1910.

Ihren an die Betriebsleitung am 25. Juni erhaltenen, an uns zur Entschädigung vorgelagerten Anträge auf Fortzahlung des früher in Wanne bezogenen Lohnsatzes kann nicht entprochen werden. Ihre Lebensversicherung nach Bulo ist erfolgt, weil Sie auf Grund gegen Sie erhobener Beschuldigungen und der sich daran anschließenden Erhebungen bringenden verdächtig sind, sich in Wanne von ordnungsgemäßen Verrichtungen nicht fern gehalten zu haben. Wenn wir von Erziehung der strengen Maßregeln gegen Sie Abstand genommen haben und Ihnen durch Ihre Veretzung in neue Verhältnisse Gelegenheit geben, sich dort von dem auf Ihnen ruhenden Verdacht zu befreien, so ist dies mit mir Willst auf Ihre bisherige Tätigkeit an der Wanne in Rücksicht zu nehmen. Sie erhalten in Bulo den für die dortige Dienststelle vorgesehenen Höchsthohlo für Hülfsweilenteiler. Weiter wird hinausgehen, kann nach Lage der Sache nicht in Frage kommen.

(folgt Unterschriften.)

In Bulo brach die Gesundheit Polorns zusammen. Die schlechten Wohnungsverhältnisse, denen er sich nicht entziehen konnte, und der Gedanke an die Schwerkraft des Denunzianten, der gleich mehrere brave Leute aus Wefel geliefert hatte, wie auch die Strafveretzung selbst, brachten V. so weit, daß er sich für fünf Monate ins Kranenhaus zu Wefel begeben mußte, und hier wochenlang in Lebensgefahr verweilte. Nach nicht langer Krankheit erholte er sich, wurde er nach Wefel zurückveretzt, aber hier wurde er durch seinen inneren noch nicht auf. Polorn verlangte leichten Dienst, aber man stellte ihn an Posten, denen er nicht mehr gewachsen war. Er mußte feiern, ein Arzt schrieb ihn gesund, der andere krank. Daß durch die langen Leiden Polorns und durch die wieder in Wefel vorgenommene Dispensation sein körperlicher Zustand noch mehr in die Grube ging, ist jedem verständlich. — Auch ein infolge der letzten Krankheit gefälltes Interimsgeldrecht hatte keinen Erfolg gehabt, und so kam es, daß er mit seinem Leben Schluss machte. In einem Brief an seinen Bruder hat er die Gründe noch einmal dargelegt, die ihn zu seinem Vor-

haben gezwungen haben. Dieser Brief wie anderes bilden eine für die Anklage gegen das System auch auf den Eisenbahnen Preußens, das aufrechte Menschen mit selbständiger Bewußtsein nicht dulden will, sie verprügelt und malträtiert. Dahingegen haben Streber und gefinnungslose Menschen immer noch Aussicht, in den Staatsbetrieben Preußens etwas werden zu können. Lediglich die Ball Polorn noch an geeigneter Stelle seine Wirkungen erfahren. Lieber den Tod unseres Freundes wird Redenshaft gefordert werden.

Deutsches Reich.

—Korruption unter den bürgerlichen Reichstagsabgeordneten. Der Abgeordnete Sierse man, der den Gewinndruckprophet der „Komet“-Waffen-W.G. die Geschäfte mit dem Reiche machen will, mit unterzeichnet, behauptet, das nur aus reiner Gefälligkeit getan zu haben. Finanzteil sei er nicht beteiligt. Auch der konservative Abgeordnete von Böhlendorff-Köpin habe den Prospekt unterzeichnet. Die Deutsche Tageszeitung will die Bezugnahme auf Böhlendorff nicht gelten lassen, der sei nur Landtags-, nicht Reichstagsabgeordneter.

— Die neue konservative Stichwahlperiode. In der Ostpreussischen Zeitung veröffentlicht der Ausschuss des Ostpreussischen konservativen Vereins folgende Erklärung:

„1. Unter keinen Umständen darf ein Nonfervatibler einem Sozialdemokraten seine Stimme geben. Im Gegenfalle wird die Wafflung in liberalen Parteien, die die aktive und direkte Unterstützung von Vertretern der Unkrautpartei und den Absichten von Wahlbündnissen mit dieser als mit monarchischer Gesinnung vereinbar betrachten.“

2. Gleichfalls im Gegenfalle zu den liberalen Parteien, die bei ihrem Kampfe gegen rechts sich wesentlich auf die Stichwahlhilfe der Sozialdemokratie stützen, schließen die konservativen Anhängen jeder Forderung eine soziale Demokratie als sozialdemokratische Unterstützung aus. Eine Verlegung dieses Grundabfades ist mit der Zugehörigkeit zur konservativen Partei nicht vereinbar.“

3. Einrichtliche Unterstützung liberaler Kandidaten in Stichwahlen gegen Sozialdemokraten durch die konservativen Wähler hat zu erfolgen, sofern uns volle Gelegenheitsfreiheit seitens der verbundenen liberalen Parteien verbürgt wird. Solange diese aber eine klare Stellungnahme in dieser Richtung vermeiden und sich damit die Förderung der Sozialdemokratie vorbehalten, nötigen sie die konservative Partei, überseits den liberalen Kandidaten Stichwahlhilfen zu verweigern.“

Frankreich.

Der Kampf gegen den Antimilitarismus. Die drei Mitglieder des Ausschusses des Kurierdienstes Biau, Dumon und Barlaud in Paris, die den sogenannten Sou du Soldat vermalten und dabei antimilitaristische Propaganda trieben, sind auf Beschluß der Anklagekommission am Grund des Gesetzes von 1894 zur Unterdrückung anarchistischer Intrigen vor das Justizpolizeigericht gestellt worden. Die Verhandlung ist auf den 10. August anberaumt.

Am Antrage des Untersuchungsrichters des 8. Arrondissements wurden in der Angelegenheit des Sou du Soldat durchzuführen in den Monaten des 20. Infanterieregiments in Dijon vorgenommen. Viele Soldaten, in deren Territorien aufreißende Flüssigkeiten gefunden wurden, sind festgenommen worden.

Spanien.

Wenterei. Das Blatt Diario universal berichtet über eine Wenterei an Bord des Kreuzers Almansa. Verschiedene Matrosen verletzten den Kapitänigen Willen aufzugewinnen. Die Wenterer wurden übermäßig, darauf der Kreuzer nach Cadix abkampte. Der Marineminister wird persönlich die Untersuchung führen. Das betreffende Blatt berichtet, daß die Wenterer keinen politischen Hintergrund haben. Andererseits verleiht, daß sie einen eminenten Charakter angenommen haben, als das Blatt es jagt.

Kleine politische Auslandsnachrichten.

Die Balkanwirren. Eine Meldung aus Petersburg besagt, daß in den dortigen politischen Kreisen das angeblich plannmäßige türkische Vorgehen in Urmia, sowie die Vorbereitungen für einen künftigen Krieg aufregung und große Beunruhigung hervorgerufen haben. Auch die Vorgänge in Gornafabad haben beunruhigend gewirkt. Vervien. Nach Meldungen aus Teheran steht der Erzhas

Wannas war so finster und verfinstert, der Mund so zusammengekniffen, die Augen so drohend groß, daß Sophie ihm angulisch fragte, ob ihm etwas fehle.
„Ich bin nunmehr wie ein Fisch im Wasser“, spottete er, verächtlich über die Verfinsternisse lachend. „Wir sollten die Sache gleich abmachen, Papa; ich will einen Augenblick ins Kontor gehen.“

„Ach, das ist nicht nötig“, meinte Branden, sich behaglich im Lehnstuhl dehnend. „Die Weiberleute werden uns nicht hindern.“

Die Männer gingen ein wenig auf die Seite, während Sophie und Tante Christine sich in einen kleinen Schwatz betrieten.

„Die Ernte von heute“, murmelte Müller schmelzend, indem er Nektaren und Nektare aus der Taube sog. „Ich habe mal Sandstein gehalten, aber das Hebel hat sich schon ziemlich tief eingegriffen. Es hat wahrhaftig im Adelstall — da!“

Er zeigte dem Alten die Korrespondenz. Dieser sah nach der Uhr. „? Natürlich — das wird schon — das versteht sich von selbst —“

Er schloß.
„Er sollte feierlich die Foretette auf die Raie und fira an zu legen. Anfanglich schien er ängstlich unbewegt, aber halbwegs in der Mitte des Artikels angeklamt, sog ein Rädeln um seinen Mund und vertiefte sich die kleinen Furchen in den Augenwinkeln. Er lachte bößlich.“

„Doch die Groß hat ihnen gebürta den Kopf gewaschen, he, bel doch in Aert, vor dem man Kopfeln haben muß, diesel — de Grost. Und wer sind die wahrhaftig Liberalen, he, he! — und ich dazu! Sider die Überzeugung dafür, daß du diesem Korrespondenten zu Wolf werden hast. Das ist hübsch!“

„Es gab Wüller die Zeitung zurück und ließ noch ein paar mal ein kurzes, höfliches Zeichen hören.“

„Was diese Arbeiter doch für ein Mannwert haben — tomisch und ärmlich zugleich. Ein Hauch von uns, und sie liegen auf der Zunge. Dana, wenn sie am Streikern sind, kommen sie mit sägenden Eren wieder und betteln uns an. Komisch — he, he! Und du hast ihnen den Standpunkt ebenfalls Har gemacht!“

„Mein. Ich wollte mich erst mit dir beraten; zwar habe ich bitter Auftrag gegeben, die Leute zu warnen und ihnen zu sagen, daß diejenige, die es moagen, zu agitieren, unabweisbar.“

„Das soll also 'ne Art Vorspiel sein.“ überate Branden. „Wir müssen mal auf die Peitsche knallen lassen. Wenn ich die Deutschen mal auf die alte Art dazugewöhnne, werden sie sofort gahn sein.“

(Schluß folgt.)

